

Geteilte Verantwortung als Bedingung für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte Postwachstumsgesellschaft¹

Sabine Carl

EINLEITUNG

In Anbetracht der Krisenhaftigkeit gegenwärtiger kapitalistischer Systeme kann – nicht nur in Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 – von einer »strukturierten Verantwortungslosigkeit« (Honegger et al. 2010) gesprochen werden. Was Claudia Honegger und Kolleg/-innen für das als neo-liberal bezeichnete Wirtschaftssystem skizzieren, betrifft dabei auch die zu- meist unsichtbar gemachten Grundlagen der Ökonomie: natürliche Prozesse und sorgende Tätigkeiten (Jochimsen und Knobloch 1997). Im Sinne eines starken Nachhaltigkeitsverständnisses beschäftigen sich Befürworter/-innen von Postwachstum daher mit der Frage nach einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformation von Gesellschaft, die es ermöglicht, innerhalb der Systemgrenzen des Planeten jetzt und auch zukünftig ein »gutes Leben« zu führen. Die genaue Definition vom guten Leben ist dabei keineswegs geklärt und kann vielleicht nie abschließend beantwortet werden. Daher ist der Diskurs um Postwachstum, auf den ich mich insgesamt beziehe, sehr heterogen (vgl. Latouche 2009; Jackson 2011; Acosta 2015; Rosa 2016). Sehr viele Postwachstumsbefürwortende verbinden mit dem guten Leben allerdings häufig intergenerationelle – und viele auch intragenerationelle sowie globale – soziale Gerechtigkeit. Sorgende Tätigkeiten werden dabei durchaus in die Betrachtungen mit einbezogen, selten werden allerdings bislang die gesellschaftlichen

1 | An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei Anna Henkel für das äußerst konstruktive und engagierte Lektorat bedanken. Ebenso gilt mein Dank Lars Hochmann.

Geschlechterverhältnisse und die daraus resultierenden Ungleichheiten thematisiert (Bauhardt 2013).

Für solch ein umfangreiches Projekt wie die Transformation der auf Wirtschaftswachstum strukturell angewiesenen Gesellschaft hin zu einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Postwachstumsgesellschaft ist die Frage nach der Verantwortlichkeit höchst relevant: Wem wird Verantwortung zugeschrieben? Wer entzieht sich der Verantwortung? Wie können gesellschaftliche Strukturen so organisiert werden, dass Verantwortung übernommen werden kann? Und umgekehrt: Wie muss Verantwortung gedacht werden, damit gesellschaftliche Strukturen im Sinne einer solchen Transformation überhaupt verändert werden können?

Ausgehend davon, dass Verantwortung aktuell häufig marginalisierten Gruppen zugeschrieben wird (Wichterich 1992; MacGregor 2006), argumentiere ich für eine *geteilte Verantwortung* (Young 2011) für die gesellschaftliche Transformation hin zu einer ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten, geschlechtergerechten Postwachstumsgesellschaft. Denn diese ermöglicht erstens, dass die notwendigen Grundlagen für eine Übernahme von Verantwortung sozial gerecht verteilt werden und zweitens, dass (bereits bestehende) Verantwortlichkeiten ebenso gerecht verteilt werden.

Nachdem ich zunächst die diesem Beitrag zu Grunde liegenden Begriffe der sozialen Gerechtigkeit und der Verantwortung erläutere und mit Rückgriff auf verschiedene Konzepte (Nussbaum 2000; Fraser 2003; MacGregor 2006; Young 2011) operationalisiere (1), werde ich anhand meiner empirischen Forschung zu dem Projekt »Lebensenergie für das Dorf« (2) darlegen, warum soziale Gerechtigkeit für eine Übernahme von Verantwortung notwendig ist und warum dazu auch eine gerechte Verteilung von (bestehenden) Verantwortlichkeiten gehört (3). Ziel ist es, geteilte Verantwortung – sowohl für gesellschaftliche Transformation, als auch für soziale Reproduktion, als Schlüsselement für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte Postwachstumsgesellschaft herauszuarbeiten (4).

1. SOZIALE GERECHTIGKEIT UND VERANTWORTUNG: BEGRIFFSBESTIMMUNG UND OPERATIONALISIERUNG

»Allein die objektivistischen Theorien sehen in der Gerechtigkeit üblicherweise einen zwingenden Bestandteil des guten Lebens.« (Goppel et al. 2016, S. 4) Gemäß dieser Definition erweist sich Gerechtigkeit als notwendiger Bestandteil der Debatten um Postwachstum als der Suche nach dem *guten Leben für alle*. Was – objektiv gesehen – das gute Leben für alle ausmachen könnte, wird derzeit vielfältig debattiert und ausprobiert: Vielen (wenn auch längst nicht allen) Postwachstumsbefürworter/-innen gilt dabei soziale Gerechtigkeit als

Kernelement einer anzustrebenden Postwachstumsgesellschaft, ohne die ein Leben ohne Wirtschaftswachstum nicht umsetzbar wäre (D'Alisa et al. 2015; Rätz 2011).

Unter der Voraussetzung von sozialer Ungleichheit und der Benachteiligung marginalisierter Gruppen muss eine libertäre Begriffsbestimmung von sozialer Gerechtigkeit den Anspruch der prinzipiellen Gleichheit der Menschen mit tatsächlichen individuellen und gruppenbezogenen Differenzen versöhnen. Das ist genau das Ziel der *Theory of Justice* (1975) von John Rawls. Mithilfe der Prinzipien von Gleichheit und Differenz argumentiert Rawls für einen Nachteilsausgleich bei ungleichen Voraussetzungen, das heißt, dass zum Beispiel Kinder aus bildungsfernen Haushalten eine größere Unterstützung im Schulsystem erhalten können sollten als Kinder aus bildungsaffinen Haushalten. Damit zielt Rawls auf eine soziale Gerechtigkeit ab, die auf dem Gleichheitssatz beruht und auf Gleichberechtigung abzielt, ohne jedoch soziale Ungleichheit vollständig abzulehnen. Er grenzt sich damit auch von libertären Ansätzen ab, die Gerechtigkeit eher darin verwirklicht sehen, dass soziale wie natürliche Unterschiede rechtmäßig besessen und weitervererbt werden können (Goppel et al. 2016, S. 4). Auf John Rawls Ansatz aufbauend und insbesondere in Weiterentwicklung von Amartya Sens *Verwirklichungschancen-Ansatz* (1984), beschreibt Martha Nussbaum mit dem *Capabilities Approach* eine Reihe von Befähigungen, die alle Menschen weltweit benötigten, um ein gutes Leben selbstbestimmt realisieren zu können (Nussbaum 2000). Neben eher materiellen Befähigungen wie die Befähigungen zu *Leben* und *körperlicher Integrität* bezieht sie dabei auch weitere Befähigungen wie z.B. *Sozialität und Beteiligungsmöglichkeiten*, *ökologische Verbundenheit* und eine *Vorstellung des Guten* entwickeln zu können, mit ein und geht damit, zusammen mit Sen, über rein ökonomische Ansätze sozialer Gerechtigkeit hinaus, wie sie sonst in libertären wie egalitären Denkrichtungen weit verbreitet sind. Der britische Ökonom und Postwachstumsbefürworter Tim Jackson nimmt gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse aus dieser egalitär-liberalen Perspektive explizit in den Blick. Um soziale Gerechtigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft zu ermöglichen, definiert er unter Bezug auf Amartya Sen und Martha Nussbaum Wohlstand als »unsere Fähigkeit, uns als menschliche Wesen zu entwickeln und zu gedeihen – und das innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten« (Jackson 2011, S. 15). Für diesen Wohlstand bedarf es seiner Meinung nach einerseits materieller und immaterieller Grundlagen, andererseits Partizipationsmöglichkeiten (Jackson 2011, S. 32-33). Mit dem *Capabilities Approach* gehen Sen und Nussbaum auch einen Schritt auf kommunitaristische Gerechtigkeitsansätze zu, die die intersubjektive Beschaffenheit von sozialer Gerechtigkeit betonen, d.h. die soziale Akzeptanz in einer Gemeinschaft berücksichtigen, die zum Beispiel auch kulturelle oder religiöse Aspekte umfassen kann (MacIntyre 1984).

Mit kommunitaristischen Positionen vergleichbar wirft Axel Honneth liberalen wie egalitären Theorien vor, die intersubjektive Beschaffenheit von sozialer Gerechtigkeit zu vernachlässigen und tritt daher für Anerkennung als zentrale Dimension von sozialer Gerechtigkeit ein (Fraser und Honneth 2003). In Auseinandersetzung mit Axel Honneth entwickelt Nancy Fraser ihr *zwei-dimensionales Gerechtigkeitskonzept* (Fraser 2003, S. 34), das materieller Umverteilung und struktureller Anerkennung mit Bezug auf intersektionale Ungleichheitsverhältnisse zur Umsetzung verhelfen soll. Demnach stellen materielle und immaterielle Grundlagen nur eine Seite sozialer Gerechtigkeit dar: Hinzu kommt immer die existenziell bedeutsame Frage, wer zu welchen Grundlagen und Beteiligungsmöglichkeiten privilegierten Zugang hat und wer ausgeschlossen wird. Im *Capabilities Approach* ist das auch angelegt, denn menschliche Fähigkeiten werden von Nussbaum nicht als nutzenorientiert betrachtet (um z.B. »Arbeitskräfte« zu schaffen), sondern als Selbstzweck, für die Person an sich (Nussbaum 2000, S. 11ff.). Darum sei es wichtig, darauf hinzuarbeiten, dass alle Menschen qua ihres Status des Mensch-Seins über alle grundlegenden Fähigkeiten zur persönlichen Entfaltung verfügen. Um konkurrierende Ansprüche auf Anerkennung zu vermitteln, könne mit dem zwei-dimensionalen Gerechtigkeitsmodell laut Nancy Fraser je nach spezifischer Situation differenziert dargestellt werden, welche Gerechtigkeitsforderung warum angemessen ist: Dazu bedürfe es allerdings eines gleichberechtigten demokratischen Beteiligungsprozesses (Fraser 2003, S. 43). Dieser wird somit – nicht nur für Fraser – zur Bedingung von sozialer Gerechtigkeit.

Ebenso wie strukturelle Anerkennung ist gleichberechtigte demokratische Beteiligung vor dem Hintergrund bestehender intersektionaler, benachteiligender Strukturen jedoch keinesfalls selbstverständlich (Stiegler 2008). Sherilyn MacGregor reagiert darauf mit ihrem Konzept der feministisch-ökologischen Bürger/-innenschaft (*feminist ecological citizenship* 2006), mit dem sie gleichberechtigte Partizipation formal zu gestalten sucht. Diesem Konzept zufolge beträten Bürger/-innen als Individuen den öffentlichen Raum, um an demokratischen Aushandlungsprozessen teilzunehmen. Dabei könnten verschiedene Positionen eingenommen werden: Ob ich als Lesbe, als Schwarze, als Mutter, als Rollstuhlfahrerin, als Friseurin oder als Erwerbslose meine Stimme erhebe, hänge sowohl von mir selbst als auch von Zeit und Ort ab. Denn Identitäten veränderten sich, und nicht in jeder Diskussion erwiesen sich alle Aspekte von Bedeutung. Wichtig sei hingegen, keine dem Diskurs vorgängigen Wahrheiten vorauszusetzen, sondern stattdessen das eigene Wissen und die eigenen Überzeugungen als situiert zu verstehen und immer wieder zu hinterfragen (Haraway 1988; Code 1991). Für MacGregor erfordert das zuallererst »verantwortliches und wachsame Zuhören« (MacGregor 2006, S. 114) sowie eine zutiefst demokratische Überzeugung für und Bereitschaft zum Diskurs. Ihr Konzept hebt damit sehr stark auf die individuelle Beteili-

gung aller Bürger/-innen ab. Kann damit aber von einem Primat der individualisierten Verantwortlichkeit gesprochen werden? Nein, denn gerade das »verantwortliche und wachsame Zuhören« setzt den gemeinschaftlichen Dialog voraus und gemeinschaftliche Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse entlasten das Individuum auch wieder von individualisierter Verantwortlichkeit.

Auf einer pragmatischeren Ebene stellt MacGregor zudem fest, dass die Partizipation an solchen demokratischen Aushandlungsprozessen viel Zeit erfordert, ein Gut, das vor allem Frauen aufgrund ihrer Zuständigkeit für reproduktive Tätigkeiten häufig fehlt (Phillips 1993). Anstelle der Erfüllung einer monolithischen Pflicht wird Bürger/-innenschaft als demokratische Teilhabe MacGregor zufolge daher vor allem durch die Umsetzung sozialer Rechte (vor allem Geschlechtergerechtigkeit) ermöglicht (MacGregor 2006, S. 111, 117). Am Beispiel der sozialen Reproduktion wird so die wechselseitige Verknüpfung der gerechten Verteilung der notwendigen Grundlagen für eine Übernahme von Verantwortung mit der gerechten Verteilung von bereits bestehenden Verantwortlichkeiten deutlich.

Tatsächlich verweisen soziale Gerechtigkeit und Verantwortung wechselseitig aufeinander wie zwei Seiten einer Medaille: Gerechtigkeitsforderungen lassen unmittelbar die Frage nach der Verantwortungsübernahme für ihre Erfüllung aufkommen; Verantwortung als moralische (aber auch ethische, oder rechtliche) Verpflichtung impliziert die Frage danach, wie die daraus entstehenden Handlungsbedarfe gerecht geteilt werden sollen.

Alltagsgebräuchlich scheint es weiterhin üblich, Verantwortung – dem klassischen Handlungsprinzip (Heidbrink 2017, S. 8) gemäß – personenbezogen zu denken: Jemand führt eine Handlung aus und wird dafür zur Rechenschaft gezogen; oder an jemanden wird eine Erwartung (resultierend aus einer sozialen Norm) herangetragen, und indem diese Person die Erwartungen erfüllt (oder auch nicht), wird der individuellen Verantwortung genüge getan (oder eben nicht). Es handelt sich um eine folgenbasierte Zuordnung von Verantwortung, die retrospektiv bewertet und gegebenenfalls sanktioniert wird. Im Zeitalter rasch voranschreitender Globalisierung mit ihren wechselseitig verstrickten politischen Macht-, den Produktions- und Handelsgeflechten und den daraus resultierenden sozialen Ungerechtigkeiten und Umweltproblemen wird es allerdings immer schwerer, Folgen zuzurechnen (Henkel und Åkerstrøm Andersen 2013/2014); während es gleichzeitig offenkundig immer wichtiger wird, Verantwortung für anstehende Veränderungen zuzuweisen (Heidbrink 2017, S. 7).

Anstatt Verantwortung primär als Zurechnungsfähigkeit und Zuständigkeit oder als folgenbasierte Legitimation zu analysieren, lege ich im vorliegenden Beitrag das Augenmerk daher verstärkt auf Verantwortung als Struktur- und Steuerungselement »kollektiver und systemischer Prozesse« (Heidbrink 2017, S. 8). Im Rahmen eines nachklassischen Systemprinzips (Heidbrink

2017, S. 8) liegt mein Fokus dabei erstens auf der Frage danach, wie Verantwortung übernommen werden kann, um strukturell bedingte soziale Ungerechtigkeiten abzubauen. Zweitens stellt sich die Frage, wie Verantwortung für eine ökonomische, kulturelle und soziale Transformation von Gesellschaft im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit übernommen werden kann. Beide Fragen sind in Postwachstumsdiskursen häufig wechselseitig miteinander verknüpft, indem soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit als zentrale, sich gegenseitig bedingende Merkmale definiert werden (Latouche 2009).

Rawls oben bereits skizzierte, primär am Differenzprinzip ausgerichtete, soziale Gerechtigkeit ist institutionenbezogen (MacKeown 2014). Das könnte gemäß dem in der Sozialpsychologie, aber auch in der Organisationssoziologie beschriebenen Diffusionsprinzip (Bierhoff 2003, S. 338-349) dazu führen, dass niemand sich mehr verantwortlich fühlt, und zwar weder für soziale Gerechtigkeit, noch für ökologische Nachhaltigkeit. Iris Marion Youngs *social connection model for responsibility* (2006), beziehungsweise ihr pragmatisch-handlungsorientierter Ansatz einer *shared responsibility* (2011), also einer geteilten Verantwortung, könnte genau diesem Phänomen entgegenwirken. Bei Young ist Verantwortung zwar personenbezogen, allerdings ohne eine direkte Schuldzuweisung: »Social structure, then, refers to the accumulated outcomes of the actions of the masses of individuals enacting their own projects, often uncoordinated with many others« (Young 2011, S. 62). Daher wird Verantwortung bei Young zur »politische[n] Verantwortung« (Young 2011, S. 3), die aus struktureller Ungerechtigkeit resultiert und je nach sozialem Hintergrund der individuellen Person in ihrem Grad variiert: Menschen in einer sozial günstigeren Position haben demnach eine größere politische Verantwortung, soziale Ungerechtigkeit strukturell zu bekämpfen, als weniger Begünstigte (Young 2011, S. 142-151).

Seit den 1970er Jahren kann in politischen und gesellschaftlichen Debatten verstärkt eine individualisierende Zuschreibung von Verantwortung für eine ökologisch nachhaltige Lebensweise sowie seit den 1980ern zunehmend für soziale Absicherung beobachtet werden (Henkel und Åkerström Andersen 2013/2014). Auch im Rahmen von Postwachstumsdebatten werden teilweise individualisierende Zuschreibungen von Verantwortung fortgeführt (Muraca 2014). In einer Gesellschaft, die – unter anderen – durch zunehmende Prekarisierung, durch ungleiche Bildungschancen und hierarchische Geschlechterverhältnisse strukturiert ist, verstärkt eine individualisierende Verantwortungszuschreibung soziale Ungleichheiten jedoch. Verantwortung wird auf sozial Benachteiligte abgewälzt, die häufig kaum über die notwendigen Grundlagen verfügen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Diese Grundlagen sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit und umfassen gleichermaßen die Umverteilung materieller und immaterieller Grundlagen (Nussbaum), strukturelle Anerkennung (Fraser) und gleichberechtigte Partizipationsmöglich-

keiten (MacGregor). Den ungleichen Strukturen kann durch eine geteilte Verantwortung (Young) begegnet werden, die einerseits soziale Gerechtigkeit und andererseits eine gerechte Verteilung von bestehenden Verantwortlichkeiten voraussetzt und dadurch erst eine Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Transformation ermöglicht.

In Auseinandersetzung mit dem Projekt »Lebensenergie für das Dorf« werde ich erstens veranschaulichen, wie soziale Gerechtigkeit und geteilte Verantwortung sich gegenseitig ermöglichen. Zweitens werde ich am Beispiel der ungleichen vergeschlechtlichten Arbeitsteilung zu Lasten von Frauen aufzeigen, warum eine Umverteilung bereits bestehender Verantwortlichkeiten für beides: soziale Gerechtigkeit sowie gesellschaftliche Transformation notwendig ist.

2. DAS PROJEKT »LEBENSENERGIE FÜR DAS DORF«

Im Rahmen der empirischen Forschungswerkstatt »Praxen des Postwachstums«², recherchierte ich Anfang 2015 zu Projekten und Initiativen, die ich auf die Frage hin untersuchen wollte, wie eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte Postwachstumsgesellschaft aussehen könnte. Ausgehend davon, dass es bereits heute viele Regionen gibt, in denen das Wirtschaftswachstum eher stagniert oder sogar rückläufig ist, interessierte mich dabei besonders die Frage, wie die Menschen in diesen Regionen mit den sich verändernden strukturellen Bedingungen umgehen. Bei meinen Recherchen stieß ich auf das Projekt »Lebensenergie für das Dorf«, das zwischen 2013 und 2015 in einem Dorf in der Uckermark in Brandenburg umgesetzt wurde. Nach mehreren Telefonaten und einem Vorgespräch führte ich im Sommer 2015 insgesamt vier Leitfaden-gestützte Interviews mit Organisator/-innen und zwei Leitfaden-gestützte Gruppeninterviews mit Beteiligten des Projektes. Über die Interviews wollte ich einerseits die Menschen direkt zu Wort kommen lassen und andererseits mithilfe des Leitfadens das Herausarbeiten von sozialen Strukturen ermöglichen. Die Daten wertete ich entsprechend der Methodologie der Grounded Theory (Glaser und Strauss 1967; Charmaz 2006) mit einem zweistufigen Kodiervorgang aus (Glaser 1978; Schmidt 1997). Im Folgenden werde ich zunächst das Dorf beschreiben, wie es sich mir aufgrund der Gespräche, der Interviews und der vorangegangenen Recherchen darstellt und dann auf die Kategorie »Erwerbsarbeit als soziale Norm« näher eingehen, die

2 | Die Forschungswerkstatt »Praxen des Postwachstums« formierte sich 2015 unter der Leitung von Christine Bauhardt an der Humboldt Universität zu Berlin und erreichte 2016 mit dem Symposium »Ein gutes Leben für alle? Postwachstum meets Gender« einen Höhepunkt (Wember et al. 2017).

ich während der Auswertung der Daten erarbeitet habe (Carl 2017, S. 77-79). Dies dient erstens dazu, den sozialen Kontext zu klären, in dem das Projekt organisiert wurde und zweitens die Orientierung an der Norm der Erwerbsarbeit als Strategie zu analysieren, mit der auf die sozialen Ungleichheiten vor Ort geantwortet wurde.

In ihrem Dorf in der Uckermark, kurz vor der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, hatten meine Gesprächspartner/-innen ein Projekt organisiert und durchgeführt, dass eigentlich aus drei Teilprojekten bestand: einer offenen Dorfwerkstatt, einem Gemeinschaftsgarten und einem neu zu bauenden Mehrgenerationenspielplatz. Die Gemeinde und die Robert-Bosch-Stiftung förderten das Projekt mit je knapp 50.000,00 € über einen Zeitraum von zwei Jahren. Dieses Dorf, das neue »Lebensenergie« erhalten soll, erlebt schon seit geraumer Zeit die Auswirkungen eines demografischen Wandels: Die Menschen werden weniger und sie werden älter. Statistischen Erhebungen zufolge verlassen vermehrt junge, gut ausgebildete Frauen die Region, während meist schlecht ausgebildete junge Männer in der Region verbleiben. Darüber hinaus sterben ältere Männer oft früher als ältere Frauen, weshalb es in diesem Alterssegment tendenziell einen geschlechtsspezifischen Überschuss von Frauen zu verzeichnen gibt. Im Dorf, beziehungsweise in der Gemeinde selbst stellt sich die Lage noch einmal anders dar. Es handelt sich um eine künstliche Industrieansiedlung, ein Ort, in dem zu DDR-Zeiten an der Massentierproduktion von Schafen geforscht wurde. Bedingt durch die »von oben« verordnete Ansiedlung hunderter (junger) Arbeiter/-innen etwa ab 1960 bis 1989 gibt es derzeit laut Angaben einer der Organisator/-innen, die gleichzeitig als Gemeinderätin und Leiterin der AWO-Ortsgruppe des Dorfes engagiert ist, kaum Menschen über 70 im Ort. Deshalb scheine die Frage nach der Betreuung und Pflege älterer Menschen erst langsam ins breitere Bewusstsein zu dringen. Neben der Abnahme der Bevölkerungszahl und der signifikanten Anhebung des Durchschnittsalters der Menschen ist ein weiteres wichtiges Merkmal die überproportional hohe Anzahl an Langzeiterwerbslosen im Ort. Dies ist laut meiner Gesprächspartner/-innen darauf zurückzuführen, dass dort billiger Wohnraum in Form von unsanierten Plattenbauten zur Verfügung stehe und dadurch insbesondere Menschen mit einem Sozialhilfe-Hintergrund zum Zuzug bewegt würden (Vorgespräch mit TN₃ und TN₄, 20.06.2015). In dem Vorgespräch, das ich mit zwei der Organisator/-innen führte, betonten diese, dass ihr Projektziel vornehmlich gewesen sei, die soziale Kluft zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen zu verringern, indem Gelder umverteilt würden. Gleichzeitig sollte »etwas für das Dorf« getan, es »lebenswert« gestaltet und dadurch der sozialen Zusammenhalt im Dorf – auch über die Integration Erwerbsloser hinaus – gestärkt werden. Die von mir als mögliche Postwachstumspraxen identifizierten Teilprojekte dienten also als Vehikel für das Ziel einer höheren sozialen Gerechtigkeit und einer Erweiterung der Dorfgemein-

schaft unter Einbezug der (teils neuzugezogenen) langzeiterwerbslosen Bevölkerung. Ökologische Nachhaltigkeit stand zunächst nicht auf der Agenda (Carl 2017).

In den Gesprächen mit meinen Interviewpartner/-innen wurde die Wirkmacht von Erwerbsarbeit als Norm für soziale Integration betont. So reagierten die Organisator/-innen auf die geringe soziale Teilhabe und das beobachtete kaum vorhandene Engagement für das unmittelbare Lebensumfeld gerade unter denjenigen, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind, immerhin etwa die Hälfte der Dorfbewohner/-innen. Es wurde deutlich, dass sich unter der Voraussetzung dieser Norm Langzeiterwerbslosigkeit, beziehungsweise das charakteristische Gemisch aus Schubladendenken, Forderungen und Sanktionen, das die Hartz-IV-Gesetzgebung kennzeichnet, desintegrierend auf die Lebenslagen der Betroffenen auswirkt. Dabei geht es nicht nur um die massiven finanziellen und materiellen Einschränkungen, die Betroffene erleben. Die Verantwortung für ihr (vermeintlich) persönliches Scheitern wird häufig den individuell Betroffenen (selbst) zugeschrieben (vgl. Henkel 2013/2014). So berichtete zum Beispiel einer der Interviewten davon, dass er sich von langjährigen Freunden und Arbeitskollegen zurückzog, weil er »nicht mehr richtig mitreden« könne (Carl 2017, S. 77). Werden Erwerbslose – unter Androhung von Leistungsentzug – zu sogenannten »1€-Jobs« verpflichtet, so werden sie in ihren Tätigkeiten häufig so sehr eingeschränkt, dass die Arbeit eher wie eine fremdbestimmte Disziplinarmaßnahme wirkt: Vor Ort bedeutete das zum Beispiel, dass sogenannte »1€-Jobber« den Rasen auf Liegenschaften der Gemeinde mit der Handsense mähen sollten, aber nicht mit einem Rasenmähertraktor, um Firmen, die Rasenschnitt gegen Bezahlung anbieten, nicht die Auftragslage zu zerstören. Die Vermutung liegt nahe, dass in solchen ungleichen Verhältnissen, die die Befähigungen von Langzeiterwerbslosen eher einschränken als fördern, auch die Beteiligungsmöglichkeit an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen deutlich abnimmt. Gleichzeitig sind bestehende Verantwortlichkeiten nicht nur in Bezug auf die Ursachen von Erwerbslosigkeit, sondern auch in Bezug auf die Übernahme reproduktiver Tätigkeiten ungleich verteilt: Diese werden auch in diesem Ort überwiegend von Frauen geleistet (Carl 2017, S. 81–82).

In affirmativem Bezug auf die Norm der Erwerbsarbeit haben die Organisator/-innen materielle und immaterielle Grundlagen umverteilt, strukturelle Anerkennung ermöglicht und Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Wie sich in der nachfolgenden Analyse zeigt, konnte durch diese Maßnahmen eine Form von geteilter Verantwortung eingeführt und stabilisiert werden, die eine Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Transformation ermöglicht. Gleichzeitig verweisen die Daten aber auch auf eine fortgesetzte vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zu Lasten von Frauen, die dem Konzept der geteilten Verantwortung entgegensteht – und damit negative Aus-

wirkungen auf das realisierte Maß sowohl von sozialer Gerechtigkeit als auch von gesellschaftlicher Transformation hat.

3. GETEILTE VERANTWORTUNG, GETEILTE REPRODUKTIONSARBEIT: ERKENNTNISSE AUS DEM PROJEKT »LEBENSENERGIE FÜR DAS DORF«

Materielle und immaterielle Grundlagen sind im Ort einerseits auf individueller Ebene ungleich verteilt, indem Langzeiterwerbslose über wesentlich weniger Geld verfügen, meist weniger mobil sind und insgesamt schlechtere Aussichten haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Wer erwerbsarbeiten will, hat häufig keine andere Wahl als fortzuziehen: »der Arbeit hinterher«, wie ein Interviewter anmerkt. Für Frauen sind die Bedingungen ungleich schwerer: Sie sind verantwortlich für alle anfallenden unbezahlten Tätigkeiten der sozialen Reproduktion (Haushaltstätigkeiten, Sorge für Kinder, Pflege älterer und kranker Menschen ...). Diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung geht einher mit einer Abwertung weiblich konnotierter, reproduktiver Arbeiten und führt dazu, dass Frauen am androzentrisch strukturierten Erwerbsarbeitsmarkt klar benachteiligt sind: »Für die Frauen ist' auch schlechter irgendwo was zu finden« (Carl 2017, S. 78). Andererseits wirken sich fehlende Einkommens-, Gewerbe- und Grundsteuern auf kommunaler Ebene – alle diese Steuereinnahmequellen sind kaum bis gar nicht vorhanden – negativ auf den Gemeindehaushalt und damit auf öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen aus: Das betrifft notwendige Sanierungen von Wohnraum genauso wie beispielsweise den Spielplatz im Ort, dessen Neuaufbau durch das Projekt (und hier wesentlich über Drittmittel) erst ermöglicht wurde.

In Reaktion auf die ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit und Einkommen beteiligte sich die Gemeinde dennoch finanziell maßgeblich, das heißt zur Hälfte, an dem untersuchten Projekt, indem Entschädigungszahlungen eines in der Region ansässigen Windenergieunternehmens, das seine Windräder auf Gemeindeland errichtet hat, dem Projekt zur Verfügung gestellt wurden. Die Entscheidung für die Unterstützung sozialer Projekte ist bemerkenswert, da kommunale Gelder in der Region sehr häufig für Straßenbau und ähnliche wirtschaftswachstumsbezogene Maßnahmen verwendet werden. Unter diesen Bedingungen orientierte sich das Projekt an der Norm der Erwerbsarbeit, um soziale Ungleichheit zu verringern. Den erwerbslosen Beteiligten wurde mit einer Aufwandsentschädigung ein geringes Einkommen ermöglicht. Die Umsetzung des Projektes wurde angelehnt an Erwerbsarbeitsstrukturen und fand von Montag bis Freitag zwischen 8:00 Uhr und 14:00 Uhr statt. Diese Umverteilung von Geldern und Arbeit und die zeitliche Struktur ermöglichen den Beteiligten für den Projektzeitraum eine soziale Integration,

die über die Umverteilung materieller und immaterieller Grundlagen hinausging, indem sie positive Effekte für die soziale Anerkennung der Beteiligten im Dorf hatte. Diese berichteten zudem von einem stärkeren Zusammenhalt auf Grundlage der gemeinsamen Arbeit, die Identifikationspotenzial und vor allem Gesprächsstoff bot (Carl 2017, S. 78-79).

Die ungleiche Verteilung immaterieller Grundlagen zeigt sich in dem Dorf auch daran, dass viele Langzeiterwerbslose einen sehr geringen oder gar keinen Bildungsabschluss aufweisen. Die »Bildungsarmut« bezieht sich nicht nur auf schulisches Wissen, sondern auch auf berufsqualifizierende Abschlüsse sowie soziale Kompetenzen. Diese Tendenz scheint sich dem Eindruck der Interviewten nach intergenerationell zu verstärken: »Wenn die Eltern den Kindern nich' viel beibringen können, ... wird's ja immer weniger. Weil, ... wo soll da was herkommen, ne?« (Interview mit TN1, 20.07.2015). Durch gemeinsame Weiterbildungen in Bezug auf das Projekt – zum Beispiel der Besuch von ähnlichen Projekten, um sich Wissen und Inspiration zu holen – und durch gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse, in die alle Beteiligten ihre Ideen, ihr Wissen und ihre unterschiedlichen Fähigkeiten einbringen und gemeinsam an der Umsetzung arbeiten konnten, wurden weitere immaterielle Grundlagen wie Bildungschancen und soziale Kompetenzen gemeinschaftlich erworben und gestärkt.

Materielle und immaterielle Grundlagen sowie strukturelle Anerkennung waren somit eine Voraussetzung für soziale Teilhabe. Im Rahmen des partizipativ angelegten Projektes trugen sie zudem zu einem erhöhten Engagement der Beteiligten bei, die von den prägenden Erfahrungen berichteten, mitentscheiden zu können und gemeinsam Spielgeräte zu entwickeln und zu bauen (Carl 2017, S. 80ff.). Die Beteiligten berichteten zudem von einem Anstieg an individueller und kollektiver Kreativität, die sie auf die Nutzung der Dorfwerkstatt und der Verfügung über Materialien und Gelder zurückführten, die aber gleichzeitig weit über die Beschaffung von neuen Sachen hinausging: Durch das Projekt angeregt fingen die Menschen an, eigene Ideen einzubringen und gemeinsam weiter zu entwickeln und dabei auch das, was in ihrer Umgebung zur Verfügung stand, mit einzubeziehen: ein alter Baumstamm, leere Kabeltrommeln und Fliesenbruch, ein alter Hühnerstall und alte Spielgeräte, die neu aufgearbeitet wurden, alles wurde verwendet. Auch ausrangierte Werkzeuge aus einer gemeinnützigen Bildungseinrichtung fanden in der Dorfwerkstatt neue Verwendung (Carl 2017, S. 80ff.).

Am Ende des Projektes zeigten sich meine Gesprächspartner/-innen hochmotiviert, die neu gestalteten Orte, insbesondere den Mehrgenerationenspielplatz, der das »Herzstück« des Projektes darstellt, über den Projektzeitraum hinaus zu erhalten. Diese Motivation erstreckt sich zudem über den Kreis der Projektbeteiligten hinaus in das Dorf hinein: »Das man so kleinere Schäden an anderen Sachen sind. Das mal'n Holz abbricht, oder sowas. Das wird ja auch

gleich repariert. Oder es wird eben gesacht. Von irgendeinem der's mitjekricht hat: »Hört zu. Das und das müsst ihr heil machen. Da guckt ne Schraube raus.« Oder: »Da is was angebrochen.« Also da sagen sie denn auch Bescheid. Die Leute, die wo hier sind. Das . recht gute Resonanz. Und sind alle zufrieden. Sind alle bestrebt, dat dat so bleibt denn, ne.« (Interview mit TN1, 20.07.2015; Vgl. Carl 2017: 100)

Das Projekt hat dazu geführt, dass die Beteiligten gemeinsam geteilte Verantwortung für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse übernommen haben und weiterhin übernehmen wollen. Auf der Grundlage einer erhöhten sozialen Gerechtigkeit wurden (wenn auch unreflektiert) darüber hinaus ökologisch nachhaltige Strategien implementiert: Der Mehrgenerationenspielfeld ist ein Ort für die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen, in der Dorfwerkstatt werden Werkzeuge und Wissen geteilt und im Gemeinschaftsgarten wird regionaler Früchteanbau betrieben, dessen Erträge in der Dorfküche für KiTa-Kinder und Senior/-innen weiterverarbeitet werden: Alle Teilprojekte stellen aus Sicht von Postwachstumsbefürworter/-innen wichtige alternative Strategien zur Konsumgesellschaft als Motor der »Wachstumsmühle« dar (Carl 2017, S. 95).

Wird neben den Verteilungsmechanismen für mehr soziale Gerechtigkeit jedoch die vor, während und nach dem Projekt bestehende vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, allen voran die zu Lasten von Frauen ungleich verteilten Verantwortlichkeiten für soziale Reproduktion in den Blick genommen, so gibt es wichtige Beobachtungen und Überlegungen zu ergänzen.

Frauen sind in dem Projekt »Lebensenergie für das Dorf« häufiger beteiligt gewesen als Männer: »Die Hauptschlachtkraft bei uns sind(...)die Frauen. Da machen wa auch gar kein Abstrich drauf.(...)Da hab ich auch . kein Hehl draus gemacht eben dat die Frauen auch von der Sache genauer sind. Und eben. . Von der Anzahl her mäßig mehr warn« (Interview mit TN1, 20.07.2015). Dies berichtet der Projektleiter. Diese Beobachtung kann mit einem statistisch nachweisbaren Frauenüberschuss in der Region zusammenhängen oder aber mit der statistisch gesehen höheren Erwerbslosenquote und längeren Erwerbslosigkeit unter Frauen (»Für de Frauen is« auch schlechter, irgendwo was zu finden«). Vor allem aber deutet die höhere Beteiligung von Frauen im Projekt – genauso wie ihre größere Genauigkeit bei der Aufgabenerledigung – darauf hin, dass die höhere Arbeitslosenquote unter Frauen mit strukturellen Benachteiligungen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zusammenhängen dürfte (vgl. OECD 2017).

Darauf haben auch die Organisator/-innen von »Lebensenergie für das Dorf« reagiert. So wurde der Sorgeverantwortung von jüngeren beteiligten Frauen für ihre Kinder gerade dadurch Rechnung getragen, dass die Umsetzung von Montag bis Freitag am Vormittag, während der KiTa-Öffnungszeiten stattfand. Eine Organisatorin betonte in dem Zusammenhang, dass »auf

einmal Frauen dabei waren, sie sonst nie zu sehen waren« (Vorgespräch mit TN3 und TN4, 20.06.2015). Durch die zeitliche Struktur wurde ihnen erst eine Teilnahme ermöglicht.

An der heteronormativen Gesellschaftsstruktur ändern die sogenannten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (oder hier: Familie und freiwilligem Engagement) jedoch genauso wenig wie an der androzentrischen Bewertung verschiedener Arbeiten: Reproduktive Tätigkeiten wie Haushaltsarbeit, die Versorgung von Kindern, die Pflege älterer Menschen bleiben weiterhin die Aufgabe der Frauen, die zudem jederzeit zusätzlich prestigeträchtigere, männlich konnotierte Arbeiten übernehmen können. Dieser androzentrischen Bewertungsstruktur unterliegen auch verschiedene Tätigkeiten innerhalb des Projektes: Wenn Frauen beispielsweise Arbeiten durchführen wollen, die sonst eigentlich »Männersache« sind (zum Beispiel den Rasenmähertraktor fahren), dann ist das durchaus akzeptabel. Umgekehrt werden weiblich konnotierte Arbeiten wie das Unkrautjäten auf öffentlichen Wegen nur äußerst ungern von den Männern im Projekt übernommen, und nur dann, »wenn eben nichts anderes anliegt« (Carl 2017, S. 81). Das weist darauf hin, dass Frauen zugeschriebene Tätigkeiten generell als weniger wertvoll angesehen werden. Das betrifft vor allem die (unbezahlten) reproduktiven Tätigkeiten: Frauen gehen nach Hause, um Mittag zu kochen, Männer, um es zu essen; Frauen holen um 12:00 Uhr die Kinder aus der KiTa ab, während Männer (und Kinderlose) bis 14:00 Uhr weiterarbeiten. Im Gemeinschaftsgarten bestimmt ein Mann, was, wann, wo angebaut wird, aber Frauen kümmern sich hauptsächlich um die Pflege der Beete, und sie waschen und schnippeln das Gemüse, die Kräuter und verarbeiten sie weiter. Diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Projekt und darüber hinaus existiert unter der Vorgabe, dass die Aufgaben nach persönlicher Neigung und Befähigung aufgeteilt würden: »Und für'n Garten sind ja auch nich' ... jeder geeignet, da so. ... So von der eigenen Interesse her. Also. Sind da drei Frauen gewesen.« (Carl 2017, S. 90)

Die Einteilung erweckt den Eindruck, es handele sich bei diesen Neigungen und Befähigungen um natürliche, das heißt angeborene Eigenschaften, obwohl sie tatsächlich das Resultat einer aufwendigen und langwierigen geschlechtsspezifischen Sozialisierung sind (Beauvoir 1997/1949). Hieran wird deutlich, dass Geschlechtergerechtigkeit in dem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, wie es in dem Projekt angewandt wurde (Stichwort: »Vereinbarkeit von Beruf und Familie«), nicht aufgeht. Vielmehr muss Geschlechtergerechtigkeit vor diesem Hintergrund 1) eine Aufwertung (d.h. Anerkennung) von sozialer Reproduktionsarbeit und sonstiger weiblich konnotierter Tätigkeiten und 2) deren Umverteilung zwischen den Geschlechtern bedeuten.

4. DIE EMPIRISCHE NOTWENDIGKEIT GETEILTER VERANTWORTUNG AUCH FÜR SOZIALE REPRODUKTION

Das Dorf, in dem ich empirisch geforscht habe, hat sowohl im Hinblick auf Klasse und – eng damit verzahnt – Bildung mit Ungleichheitsstrukturen zu tun als auch im Hinblick auf Geschlecht.

Ganz offensichtlich sind Gestaltungsspielräume ungleich verteilt und sind Langzeiterwerbslose dabei in einer benachteiligten Position. Wie bereits verdeutlicht, ist Langzeiterwerbslosigkeit im Ort ein starker Marker für soziale Ungleichheit, und sie geht einher mit Bildungsungleichheit. So verfügen die meisten Langzeiterwerbslosen vor Ort über einen sehr geringen oder gar keinen Bildungsabschluss. Auch die Zahl derer, die nach der Schule keinen berufsqualifizierenden Abschluss mehr erlangen, steigt. Das wirkt sich zusätzlich negativ auf ihre Gestaltungsspielräume aus.

Aus feministischer Perspektive kommen geschlechtlich strukturierte Ungleichheiten hinzu, unter anderem eine vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und Zeitregime, fehlende Anerkennung für unbezahlte reproduktive Tätigkeiten und auch geschlechtsbezogene Vorurteile. Anzumerken ist zudem, dass innerhalb dieser Strukturen sozial-ökologisch verantwortliches Handeln häufig einseitig auf Frauen übertragen wird. Im Klartext heißt dies: Frauen sind für die soziale Reproduktion verantwortlich: Sie kümmern sich um die Kinder und den Haushalt sowie die Pflege älterer Familienmitglieder und so weiter. Aber auch Tätigkeiten mit einer ökologischen Dimension (zum Beispiel die Pflege des Gemeinschaftsgartens) sind vor Ort häufig weiblich konnotiert.

Die Notwendigkeit struktureller Anerkennung von Care-Tätigkeiten lässt sich sehr gut daran zeigen, dass die Durchführungszeiten am Vormittag es Frauen mit Sorgeverantwortung ermöglichten, mitzuwirken. In Bezug auf Anerkennung ist aber noch deutlich Luft nach oben: So waren die Beteiligungschancen ungleich zwischen Müttern und Vätern sowie Kinderlosen verteilt. Zudem führte die zeitliche Struktur auch wieder zum Ausschluss von unselbstständig erwerbstätigen Frauen, die eigentlich hoch engagiert und maßgeblich an der Konzeption beteiligt, während der Umsetzung vormittags aber durch ihre Jobs verhindert waren. Die ungleiche Verteilung von Arbeiten der sozialen Reproduktion zulasten von Frauen wurde nicht verändert.

Anhand der weiterbestehenden vergeschlechtlichten Arbeitsteilung im Projekt und darüber hinaus zeigt sich, wie eine ungerechte Verteilung von Verantwortlichkeiten dazu führt, dass bestimmte soziale Gruppen, hier Frauen, selbst in jenen Projekten benachteiligt sein können, die eine höhere soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben. Dies liegt nicht zuletzt an der unhinterfragten Norm der Erwerbsarbeit als Maßstab für soziale Teilhabe und Partizipation, denn diese verhindert die strukturelle Anerkennung unbezahlter reproduktiver Tätigkeiten. Eine an dieser Norm ausgerichtete Umverteilung von materiel-

len und immateriellen Grundlagen sowie auf sie bezogene konkrete Partizipationsangebote reichen daher nicht aus, um geschlechtergerechte Strukturen zu schaffen, selbst wenn sie teils gleichstellungspolitisch informiert sind. Eine Umverteilung von bestehenden Verantwortlichkeiten als zweite Dimension von geteilter Verantwortung erweist sich empirisch als notwendig.

LITERATUR

- Acosta, Alberto. 2015. *Buen Vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben*. München: oekom.
- Bauhardt, Christine. 2013. Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. *GENDER* 5(2):9-26.
- Beauvoir, Simone. 1997/1949. *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Hamburg: Rowohlt.
- Bierhoff, Hans-Werner. 2003. Prosoziales Verhalten. In *Sozialpsychologie: Eine Einführung*, Hg. Wolfgang Stroebe, Klaus Jonas und Miles Hewstone, 319-352. Berlin: Springer.
- Carl, Sabine. 2017. *Postwachstum und alles gut? Feministische Perspektiven für ein gutes Leben*. M.A.-Abschlussarbeit. Berlin: Humboldt-Universität.
- Charmaz, Kathy. 2006. *Constructing Grounded Theory. A Practical Guide Through Qualitative Analysis*. London: Sage.
- Code, Lorraine. 1991. *What Can She Know? Feminist Theory and the Construction of Knowledge*. Ithaka: Cornell University Press.
- D'Alisa, Giacomo, Federico Demaria und Giorgos Kallis, Hg. 2015. *Degrowth. A vocabulary for a new era*. New York: Routledge.
- Elson, Diane, und Nilüfer Çağatay. 2000. The Social Content of Macroeconomic Policies. *World Development* 28(7):1347-1364.
- Fraser, Nancy, und Axel Honneth. 2003. *Recognition or Redistribution? A Political-Philosophical Exchange*. London: Verso.
- Glaser, Barney G. 1978. *Theoretical sensitivity*. Mill Valley, CA: The Sociology Press.
- Glaser, Barney. G., und Anselm L. Strauss. 1967. *The discovery of grounded theory*. Chicago: Aldine.
- Goppel, Anna, Corinna Mieth und Christian Neuhäuser, Hg. 2016. *Handbuch Gerechtigkeit*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Haraway, Donna. 1988. Situated Knowledges. The Science Question in Feminism as a Site of Discourse on the Privilege of Partial Perspective. *Feminist Studies* 14(3):575-599.

- Heidbrink, Ludger. 2017. Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung. In *Handbuch Verantwortung*, Hg. Ludger Heidbrink, Claus Langbehn und Janina Loh, 3-34. Wiesbaden: Springer VS.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung. Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. *Soziale Systeme* 19(2):470-500.
- Henkel, Anna, und Niels Åkerstrøm Andersen. 2013/2014. Introduction: The Necessity of a New Understanding of Responsibility for Modern Society. *Soziale Systeme* 19(2):221-232.
- Honegger, Claudia, Sighard Neckel und Chantal Magnin, Hg. 2010. *Strukturierte Verantwortungslosigkeit – Berichte aus der Bankenwelt*. Berlin: Suhrkamp.
- Jackson, Tim. 2011. *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: oekom.
- Jochimsen, Maren, und Ulrike Knobloch. 1997. Making the hidden visible. The importance of caring activities and their principles for any economy. *Ecological Economics* 20(2):107-112.
- Latouche, Serge. 2009. *Farewell to growth*. Cambridge: Polity.
- MacGregor, Sherilyn. 2006. *Beyond Mothering Earth. Ecological Citizenship and the Politics of Care*. Vancouver: UBC Press.
- MacIntyre, Alasdair. 1984. *After Virtue: A Study in Moral Theory*, 2. Aufl. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press.
- MacKeown, Maeve Catherine. 2014. *Responsibility Without Guilt: A Youngian Approach to Responsibility for Global Injustice*, PhD Political Theory. London: UCL, School of Public Policy.
- Muraca, Barbara. 2014. *Gut leben*. Berlin: Wagenbach.
- Nussbaum, Martha C. 2000. *Women and Human Development. The Capabilities Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- OECD. 2017. *Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf*. Paris: OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264263420-de> (Zugegriffen: 15.05.2017).
- Phillips, Anne. 1993. *Democracy and Difference*. University Park, PA: Pennsylvania UP.
- Rätz, Werner, Hg. 2011. *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Rawls, John. 1975. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut. 2016. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Schmidt, Christiane. 1997. »Am Material«: Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, Hg. Barbara Friebertshäuser und Annedore Prengel, 544-568. Weinheim: Juventa.

- Sen, Amartya. 1984. The living standard. In *The Ethics of Consumption*, Hg. David A. Crocker und Toby Linden, 287-311. New York: Rowman and Littlefield.
- Stiegler, Barbara. 2008. Wie Gender die Partizipation bestimmt oder: Die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern ist immer noch nicht gleich. *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 19/2008.
- Wember, Carla, Maren Birkenstock, Mike Korsonewski und Sabine Carl. 2017. Ein gutes Leben für alle? Postwachstum meets Gender. *Feministische Studien* 35(2).
- Wichterich, Christa. 1992. *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio*. Köln: Heinrich Böll Stiftung.
- Young, Iris Marion. 2006. Responsibility and Global Justice: A Social Connection Model. *Social Philosophy and Policy* 23(1):102-130.
- Young, Iris Marion. 2011. *Responsibility for Justice*. Oxford: Oxford University Press.

